

Unterstützung von den im urbanen Raum gut organisierten sozialen Bewegungen. *Gordon Crawford & Coleman Agyeyomah* erläutern, wie Korruption und Kooption in Ghana chinesischen Investoren Zugang zum Kleingoldbergbausektor verschaffen, der gesetzlich „für Ghanaer\*innen reserviert ist“ (73). Ihr Beitrag hätte freilich von einer raumtheoretischen Einordnung profitiert. Etwas losgelöst vom konzeptionellen Rahmen sind die folgenden beiden Texte. *Stefan Peters* entwickelt aus seiner Kritik an der Ressourcenfluch-Theorie und gängigen Rentenökonomieansätzen ein innovatives Renten-Gesellschafts-Konzept. Damit untersucht er nicht nur institutionelle Veränderungen von Machtgefügen, sondern auch „lokale Transformationen von Klassenstrukturen, sozialen Beziehungen, Gewohnheiten und Konsummustern“ (57) im Rentenstaat Venezuela. Wie veränderte Rahmenbedingungen zu Beginn der 2000er Jahre unter der „pinken Welle“ in Argentinien und Brasilien die politischen Möglichkeiten kleinbäuerlicher Bewegungen eingeschränkt haben, zeigt *Renata Motta*. In den beiden Ländern wurden nicht nur die Forderungen der Bewegungen überhört, deren Mitglieder sahen sich zudem zunehmend mit Gewalt und Kriminalisierung vonseiten der linken Regierungen konfrontiert.

Schließlich diskutiert *Jonas Wolff* den Nexus von Demokratie, Territorialität und Widerstand gegen Extraktivismusprojekte und differenziert zwischen projektspezifischen Konflikten und Widerstand gegen das extraktivistische Entwicklungsmodell. Er verweist kritisch auf bestehende normative Annahmen im Forschungsfeld, den „Unterschied zwischen der kritischen Agency von ‘lokalen Akteur\*innen’ und der kritischen Perspektive der Forscherin bzw. des Forschers“ (247).

Abschließend ist die Vielfalt des Bandes besonders positiv hervorzuheben, auch wenn mancher Beitrag etwas zu deskriptiv geraten ist. Dies wird jedoch durch den stets präsenten konzeptionellen Rahmen aufgefangen. Den Herausgeberinnen ist es zudem gelungen, die Beiträge zueinander sprechen zu lassen.

Anne Hennings

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.09>

**Werner Ruf: *Islamischer Staat & Co. Profit, Religion und globalisierter Terror*. Köln: PapyRossa 2016, 156 Seiten**

Dieses Büchlein bietet eine fundierte Einordnung des Phänomens *Islamischer Staat* in den historischen Kontext geopolitischer Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert. Es beginnt mit dem Niedergang des Osmanischen Reiches, der durch die Durchsetzung des Freihandels und die Unterstützung von Nationalismen beschleunigt wurde, und leitet zur grundlegenden Neuaufteilung der Region im Ersten Weltkrieg in strategische und wirtschaftliche Interessengebiete des Westens über. Zentral hebt Werner Ruf die Konferenz von Sèvres (1916) heraus, die bis zum Syrienkrieg (seit 2012) die territoriale Ordnung der Region geprägt und bis heute ungelöste Probleme hinterlassen hat – den Palästina-Israel-Konflikt, die Kurdenfrage, das Scheitern eines (pan-)arabischen Staates. Säkulare Nationalstaaten wurden von den damaligen globalen Hegemonialmächten England und Frankreich als einzig denkbare Herrschafts-

form gesehen, die den divergierenden Zielsetzungen des „ethnisch-konfessionellen Flickenteppich(s)“ (19) gerecht werden konnten.

In den folgenden Jahrzehnten prägte die auf Kontrolle über die Ölquellen ausgerichtete Politik vor allem der USA die Machtverhältnisse in der Region, die mit der Vernichtung des Irak als regionalem Akteur nach der US-geführten Intervention 1990 in die sich aktuell zuspitzenden Polarisierung zwischen Saudi-Arabien und Iran mündete. Die Folgen der erneuten Intervention 2003 schufen die Grundlage für den Aufstieg des Islamischen Staates im Irak. Ruf geht gesondert auf die Entwicklung des politischen Islam und den Versuch, ihn zu unterdrücken, sowie auf den saudischen Export des Wahhabismus ein und erläutert dann den Aufstieg des politischen Islam im Kontext des sogenannten Arabischen Frühlings.

Anschließend entwickelt Ruf sein Hauptargument: Zurzeit werde die hundertjährige Ordnung des Nahen Ostens durch eine ethnisch-konfessionell geprägte Neuordnung ersetzt. Er weist nach, dass das Engagement zahlreicher Akteure, unter denen der Islamische Staat nur einer unter vielen Gewaltakteuren sei, die Herausbildung dieser Neuordnung befördert. Die Eingriffe des Westens wie Waffenlieferungen an dschihadistische Kampfgruppen und die Schwächung der schiitischen Achse trügen zu eben dieser Konfessionalisierung und Ethnisierung der regionalen Gesellschaft bei. Neben Syrien, der Türkei, dem Irak, dem Jemen, Saudi-Arabien und dem Iran entwickle sich auch Israel zu einem ethno-religiösen Staat. Ruf kritisiert scharf das verbreitete Narrativ, dass die Spaltung zwischen Sunniten und Schiiten Hauptursache des anhaltenden Krieges in Syrien sei: Diese den öffentlichen Diskurs dominierende Deutung sei irreführend und geeignet, die machtpolitischen Gründe für das vielfach gewaltsame Engagement zu verschleiern.

Durch politisch-ökonomische Analysen der Interessen der wichtigsten Akteure vermittelt Ruf ein vertieftes Verständnis strategischer Entscheidungen, die den Krieg in Syrien zu einem anhaltenden und immer komplexeren regionalen Gewaltkonflikt, unter anderem unter Einbezug des Jemen, gemacht haben. Das Narrativ von Werner Ruf unterscheidet sich von den zahlreichen Veröffentlichungen über die Hintergründe der Gewalt im Nahen Osten durch eine konsequente politisch-ökonomische Interessenanalyse. Zu diesem Zweck bezieht Ruf systematisch Quellen ein, die die hinter den Kriegen in der MENA-Region stehenden Geschäfte und geostrategischen Wirtschaftsinteressen belegen. Insgesamt sei der arabische Raum als eine Arena einzuordnen, in der die neoliberale Globalisierung soziale Antagonismen verschärft habe, was im sogenannten Arabischen Frühling klar zum Ausdruck gekommen sei. Die Entstehung einer dschihadistischen Internationalen, zu der auch der Islamische Staat gehört, sieht Ruf als Zeichen einer sich vertiefenden globalen gesellschaftlichen Spaltung.

Die Analyse endet mit der dritten Verhandlungsrunde von Genf 2015. Damit bietet das Buch eine gut aufgearbeitete Hintergrundanalyse für den Einbezug der dschihadistischen Gruppen und den Ausschluss der kurdischen Organisationen während der immer wieder scheiternden Friedensverhandlungen. Auch wenn die weiterhin wechselnden Konstellationen und Allianzen den Stand der Aufarbeitung des Buches in Teilen überholt haben, hat die systematische Aufzeichnung der großen Linien,

die hinter den Gewaltkonflikten in der Region stehen, nichts an Erklärungswert und Aktualität eingebüßt.

Einige wenige Aussagen sind veraltet (z.B. zur Macht privater Sicherheitsfirmen in Afghanistan) oder stellen Interessenlagen einseitig dar (z.B. das vermutete große Interesse der USA an den Ölquellen des Nahen Ostens, ohne auf Alternativen wie Fracking einzugehen). Es fehlt eine Analyse des Engagements Russlands, dessen sehr knapp dargelegte Interessen die spätere Rolle bei der Ausrichtung von Friedensverhandlungen nicht erklären können. Andererseits bestätigen neuere Entwicklungen wie die Isolierung Katars die im Buch historisch ausgeloteten Hegemoniebestrebungen von Saudi-Arabien, das sich damit eines starken Rivalen zu entledigen versucht. Der Kriegseintritt der Türkei unterstreicht die im Buch herausgearbeitete zentrale Bedeutung der Kurdenfrage in den derzeitigen Kämpfen. Beide Entwicklungen unterstützen die Argumentation des Buches in Bezug auf die fatale Rolle der Politik des Westens in diesem Kriegsgeschehen. Indem er unterschiedliche Kriegsparteien mit gegenläufigen Zielen gleichzeitig unterstützt, agiert der Westen kontraproduktiv und trägt so zum Scheitern der bisherigen Vermittlungsversuche bei.

Das Buch ist in einer lebendigen, auch für Laien gut lesbaren Sprache geschrieben. Dabei belegt Ruf dennoch alle zentralen Aussagen mit Quellen aus wissenschaftlichen und politischen Dokumenten, Hintergrundanalysen internationaler AutorInnen, Zeitungs- und Internetartikeln sowie eigenen Interviews mit Persönlichkeiten des Zeitgeschehens.

Elke Grawert

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v38i3.10>

Ulrich van der Heyden: *Der Dakar-Prozess. Der Anfang vom Ende der Apartheid in Südafrika*. Kiel: Solivagus 2018, 185 Seiten

Die Dakar-Konferenz 1987 gehörte mit Sicherheit zu den hoffnungsvollsten Ereignissen in der Endphase des Apartheidssystems in Südafrika, die von großer Gewalt, Unsicherheit der südafrikanischen Bevölkerung und zunehmender internationaler Isolation gekennzeichnet war. Mit internationaler Hilfe gelang es apartheidskritischen oder zumindest unter dem Druck der Ereignisse verhandlungswilligen Mitgliedern des politischen Establishments, Kontakt mit Mitgliedern der im Exil befindlichen ANC-Führung aufzunehmen und deren Delegation auf „neutralem Boden“ zu treffen. Diese Gespräche waren der bekannteste Versuch, eine diplomatische Annäherung zwischen den verhärteten Fronten zu erreichen.

Die prägnanteste These dieser Monographie findet sich schon im Titel: Van der Heyden geht davon aus, dass Dakar ein politisches Schlüsselereignis im Südafrika der 1980er Jahre war und einen „Prozess“ auslöste, der noch heute in Südafrika politisch positiv fortwirkt (vgl. 7). Diesen Gedanken entfaltet er in einer nicht konsistent chronologischen Gliederung.

Während die ersten drei Kapitel den Kontext der Dakar-Konferenz und den Forschungsstand darstellen, befassen sich die nächsten zwei Kapitel mit der Schilderung der Teilnehmer und des konkreten Konferenzablaufs. Hiernach entscheidet sich